

nesiens als gerechtfertigten Kampf gegen den Kommunismus verteidigt haben. So erklärte *Francis Seda*, ein einflußreicher Unternehmer, anläßlich seiner Ernennung zum Mitglied der Päpstlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden im August 1984: „Im Ausland sagt man, Indonesien habe die Menschenrechte unter anderem mit der Annexion Ost-Timors verletzt. Annexion durch diesen Pancasila-Staat? Nicht Annexion, sondern Integration. Sie (im Ausland) kennen Indonesien mit seiner Pancasila-Doktrin nicht“ (UCA News, 22. 8. 84).

Ungewisse Aussichten

Innerhalb der *protestantischen Gemeinschaften* ist die Timor-Frage noch umstrittener. Ihr Dachverband, der Kirchenrat von Indonesien, teilt in vielem die Haltung der Regierung, wenngleich er die Menschenrechtsverletzungen beklagt. In einem Memorandum vom November 1982 heißt es u. a., die Kirchen „wollen sich verantwortungsvoll engagieren, um der Region den Weg in die Zukunft zu eb-

nen, statt sich angesichts dieses langen Bürgerkriegs und der Bedrohung durch eine ausländische, durch die sogenannte Demokratische Republik Ost-Timor veranlaßte Invasion passiv zu verhalten“ (Echange France-Asie. Zudem gibt es enge Verbindungen zwischen den a. a. O., S. 23). rasch wachsenden protestantischen Gemeinden Ost-Timors, die 1982 15 000 Gläubige zählten, und den Militärs. Es wird nicht ganz ohne Sorge vermerkt, daß in manchen Gemeinden Regierungsbeamte bzw. Sicherheitsoffiziere als Diakone oder Kirchenälteste fungieren.

In Ost-Timor geht es längst nicht mehr darum, eine – vermeintliche oder tatsächliche – kommunistische Subversion zu bekämpfen. Vielmehr steht die soziale und kulturelle Identität eines kleinen Volkes auf dem Spiel. Sie soll den Interessen der indonesischen Staatsmacht geopfert werden. Ob sich die Belange der Timoresen dabei letztlich durchsetzen lassen, erscheint nach zehn Jahren Krieg und Fremdherrschaft leider sehr fraglich – trotz internationaler Appelle und Bemühungen der Kirchen und Menschenrechtsorganisationen. *Peter Drews*

Vertriebenenseelsorge

Eine Stellungnahme von Weihbischof Gerhard Pieschl

Zu unserer Glosse „Deutsch – Polnisch“ im Juli-Heft, S. 300, sandte uns Weihbischof Gerhard Pieschl (Limburg) die folgende Zuschrift:

In der Ausgabe 7/85 der Herder Korrespondenz hat sich „un“ unter der Überschrift „Deutsch – Polnisch“ mit aktuellen Fragen zwischen Deutschland und Polen beschäftigt. Dabei ging es sowohl um die politische Einschätzung der Rede des Bundeskanzlers auf dem Schlesiertreffen in Hannover wie auch um die Frage der Notwendigkeit einer speziellen kirchlichen Seelsorge für Heimatvertriebene.

Als Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge will ich auf die politischen Einschätzungen nicht eingehen. In diesen Fragen kann es – bei gleicher Gewissenhaftigkeit – unter Katholiken unterschiedliche Meinungen geben, welche konkreten politischen Äußerungen und Handlungen hilfreich sind und welche nicht. Über die Ziele, nämlich Friede und Aussöhnung zwischen den Völkern, herrscht doch sowieso keine Meinungsverschiedenheit.

Äußern möchte ich mich aber zur ersten Frage, die dem Schreiber zu dem gesamten Geschehen „eingefallen“ ist:

„Wem ist eigentlich damit geholfen, daß eine Sache, die an sich völlig unrealistisch ist, zugunsten von politisch davon lebenden Funktionären durch Interventionen von allen möglichen Seiten immer wieder hochgeschaukelt wird? Und wird nicht auch kirchlicherseits in puncto Vertriebene tatsächlich manches künstlich hochgehalten einschließlich der Apostolischen Visitatoren?“ Mir fällt bei diesem Text nur die folgende Frage ein: Weiß „un“ eigentlich, wovon er schreibt? Hat er sich über die Vertriebenenseelsorge und über die Situation der Heimatvertriebenen informiert? Kennt er die Arbeit der Apostolischen und Kanonischen Visitatoren und der Vertriebenenseelsorger?

Hätte „un“ einmal mit Vertriebenenseelsorgern gesprochen, er hätte sicher folgendes Bild vermittelt bekommen: Selbst wenn man ein Thema politisch für „erledigt“ hält, bedeutet dies noch lange nicht, daß auch seelsorgliche Aufgaben sich „erledigt“ ha-

ben. Tatsache ist, daß viele katholische Heimatvertriebene sich einerseits in den Gemeinden ihrer neuen Heimat engagieren, andererseits aber auch großes Bedürfnis besteht, das religiöse Bekenntnis in Formen zu vollziehen, die sie von der alten Heimat her gewohnt sind. Ich halte dies nicht für ein „künstliches Hochhalten“.

Die Kirche hat die Aufgabe, ihre Seelsorge auf die Situation der Menschen einzustellen. Dies wird vielen Gruppen gegenüber getan, warum nicht auch den katholischen Heimatvertriebenen gegenüber? Hinzu kommt eine laufende Abstimmung „mit den Füßen“. Vielleicht sollte sich „un“ einmal die Mühe machen, eine der großen Wallfahrten mitzufeiern. Sicher würde er dann erkennen, daß die Vertriebenenseelsorger einschließlich der Apostolischen Visitatoren nichts „künstlich hochhalten“.

Ein weiterer Aspekt kommt hinzu. Das Problem der Vertreibung und Aussiedlung ist noch nicht abgeschlossen. Nach den Zahlen des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes kann derzeit von einer Zahl von ½ Mill. ausreisewilliger Deutscher ausgegangen werden. Allein 1984 kamen 33 083 Aussiedler in die Bundesrepublik. Nach Schätzungen des Beauftragten der Bundesregierung im Grenzdurchgangslager Friedland werden bis zum Jahre 2000 Aussiedler zu uns kommen. Sollte die Vertriebenenseelsorge sich dieser Aussiedler nicht mehr annehmen?

Die Fakten sprechen gegen „un“. Vielleicht aber ist „un“ – mit Hegel – der Meinung, das sei um so schlimmer, dann aber sollte er sich so „realistisch“ gebärden und zugeben, daß seine Meinung von Sachkenntnis völlig unabhängig ist.

Anmerkung der Redaktion: Die Glosse, auch der von Weihbischof Pieschl zitierte Textteil bezog sich in erster Linie und ganz überwiegend auf politische Aspekte im deutsch-polnischen Verhältnis, soweit dieses durch Heimatvertriebene berührt wird. Den Hinweis, daß auch kirchlich manches künstlich hochgehalten wird, halten wir trotz Würdigung aller seelsorglichen Umstände als unsere Meinung aufrecht.